

Niederschrift der 19. Ratssitzung vom 26.05.2011

Ort: Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str.

Tag: 26.05.2011

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:08 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann
33 Stadträte

Herr Dieter Klein CDU
Herr Thomas Peckruhn CDU
Frau Monika Rauhut CDU
Frau Regine Römmisch CDU
Herr Volker Schachtel CDU
Herr Andreas Skrypek CDU
Frau Regina Stahlhacke CDU
Herr Reinhard Windolph CDU

Herr Peter Dietrich DIE LINKE.
Herr Manfred Fischer DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel DIE LINKE.
Herr Günter Prause DIE LINKE.
Herr Axel Sell DIE LINKE.

Herr Siegmar Hecker BOS
Herr Peter Matthes BOS
Herr Bert Mrozik BOS
Frau Katrin Scheffel BOS
Herr Helmut Schmidt BOS
Herr Jürgen Telle BOS
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser BOS

Herr Mike Bösel B.I.S.
Frau Gesine Liesong B.I.S.
Frau Käthe Olschak B.I.S.
Herr Klaus Peche B.I.S.
Herr Lothar Wolfram B.I.S.

Frau Christine Block SPD
Frau Nadine Hampel SPD
Herr Arndt Kemesies SPD

Herr Udo Schwarz F.D.P.

Herr Heiko Brunthaler NPD

entschuldigt fehlten: Herr Dr. Dankward Vollmer CDU
Herr M. Dietrich DIE LINKE

	Frau Iris Töpsch Herr Helmut Qual	DIE LINKE. F.D.P.
verspätet erschienen:	Herr Udo Halle Herr Andreas Herold Herr Raik Polster	CDU 16:14 Uhr BOS 16:58 Uhr B.I.S. 17:01 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Holger Hüttel Herr Udo Schwarz Herr Heiko Brunthaler Frau Nadine Hampel Herr Raik Polster	DIE LINKE. 17:50 Uhr F.D.P. 18:05 Uhr NPD 18:30 Uhr SPD 18:45 Uhr B.I.S. 18:54 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske Herr Peter Bloßfeld Herr Manfred Hartmann Herr Ditrich Holzapfel Herr Volker Kinne Herr Thomas Klaube Herr Wolfgang Müller Frau Iris Reiche Herr André Röthel Frau Yvonne Röthel Herr Maik Rüdiger Herr Lothar Sanftleben Herr Ringo Siebert Frau Ilka Stutika	
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Lutz Thiele	OT Wettelrode
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster Herr Torsten Schweiger Herr Udo Michael Frau Katharina Bonk Frau Marina Becker Frau Karin Schiller Frau Simone Jung	Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen Fachbereichsleiter Bürgerservice Leiterin Rechnungsprüfungsamt Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften Ratsbüro Ratsbüro
Tagungsleitung:	Herr Jürgen Telle	amtierender Stadtratsvorsitzender

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der 18. Ratssitzung vom 14.04.2011**
4. **Bericht des Oberbürgermeisters**
5. **Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
6. **Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 6.1 Berufung des Stadtwehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
 - 6.2 Sondernutzungssatzung der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung
 - 6.3 Abschluss von langfristigen Nutzungsverträgen mit Sportvereinen für Sportanlagen
 - 6.4 Erhöhung des Eigenanteils für die Gesamtfinanzierung Wohnanlage "Am Bergmann" und somit verbundene überplanmäßige Ausgabe in der HHst 62000.98753
 - 6.5 Verordnung über die Erhebung von Parkgebühren in der Stadt Sangerhausen und in den Ortsteilen

- 6.6 Abwägungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 30 "SO Photovoltaikanlage Oberröblingen"
- 6.7 Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 30 "SO Photovoltaikanlage Oberröblingen"
- 6.8 Abwägungsbeschluss zum Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 31 "SO Photovoltaikanlage Othaler Weg"
- 6.9 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 31 "SO Photovoltaikanlage Othaler Weg"
- 6.10 Beschluss zur Auslegung des Entwurfes der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes - Teilbereich A "Photovoltaik"- der Stadt Sangerhausen
- 6.11 Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF - Vergabeordnung - 3. Lesung und Beschlussfassung
- 6.12 Änderung/Ausnahmeregelung zur Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF -Vergabeordnung- befristet bis zum 31.12.2011 - 3. Lesung und Beschlussfassung
- 6.13 Optimierung des Regiebetriebes Bauhof der Stadt Sangerhausen nach vorliegendem Konzept und Masterplan
- 7. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
- 7.1 Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung in der Stadt Sangerhausen mit den Schwerpunkten "Konsolidierung des Haushaltes" und "Kostenrechnende Einrichtungen" im Haushaltsjahr 2010
- 7.2 Ausschreibung zum Verkauf des Dorfgemeinschaftshauses in Breitenbach Gemarkung Breitenbach, Flur 3, Flurstück 17/12, 645 m²
- 7.3 Überplanmäßige Ausgabe nach § 162 GO LSA in der Haushaltsstelle 21124.94000 - Sanierung Grundschule Großleinungen
- 7.4 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des AZV und TZV Südharz
- 8. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung**
- 8.1 Mehrausgabe innerhalb der vorläufigen Haushaltsführung nach § 161 GO LSA HH-Jahr 2010, HH-Stelle 77100.55020 Unterhaltung/ Instandsetzung Fahrzeuge Bauhof
- 8.2 Mehrausgabe nach § 161 GO LSA in der Haushaltsstelle 67000.67500 - Straßenbeleuchtungsvertrag
- 9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der 1. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates Herr Jürgen Telle eröffnet die 19. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister, ihre Stellvertreter, Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 33 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 6.13 und 9. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 7. - 8.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es gibt keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung.

Abstimmung über die Tagesordnung

Ja-Stimmen = 34
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Tagesordnung einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der 18. Ratssitzung vom 14.04.2011

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 33
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

4. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht des Oberbürgermeisters wurde vor der Ratssitzung verteilt.

16:14 Uhr

Herr Halle kommt = 35

Glückwünsche zum Geburtstag

Herr Telle und Herr Poschmann gratulieren Herrn Udo Halle nachträglich zum 50. Geburtstag.

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Wortmeldung der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S.-Fraktion

Frau Liesong dankt dem Oberbürgermeister für die Klarstellung in Bezug auf den Schützenplatz. Es ist nicht in Ordnung, dass jetzt darüber gesprochen wird, nachdem die MZ mit Halbwahrheiten und -informationen das Thema an die Öffentlichkeit gebracht hat und Leute, die keine Ahnung davon haben, sich dazu äußern. Sie fragt sich, wie die MZ an die Informationen kommen konnte. Dafür gibt es 3 Möglichkeiten. Entweder sind Stadträte, die Stadtverwaltung (was sie nicht hofft) oder die Lührs-Gruppe, in der Hoffnung auf diese Weise Stimmung zu erzeugen, die den Rat unter Druck setzt, dafür verantwortlich. Es war bereits entschieden. Es existiert ein Bebauungsplan. Die Klarstellung hätte sie sich eher gewünscht und sie hofft, dass es bei der MZ angekommen ist.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann weist darauf hin, dass er sich fachlich nicht dazu geäußert hat, da der Diskussionsprozess noch nicht beendet ist. Es gehört dazu, mit dem Projektentwickler die Ergebnisse zu besprechen, wenn eine solche Anfrage kommt. Das wird in dem festgelegten Kreis erfolgen und erst danach gibt es Aussagen zu den fachlichen Argumenten. Die Leute, die sich zum Thema zu Wort melden, machen das auf der Basis dessen, was sie aus der MZ erfahren. Die Informationen waren dürftig. 60 Seiten Gutachten mit allen Erfassungen kann man nicht mit 2 Sätzen abtun und erwarten, dass eine qualifizierte Meinung von Dritten herangetragen wird. Die Entscheidung liegt im Stadtrat und nirgendwo anders. Er wird jetzt keine Bewertung vornehmen und er weiß nicht, wer das Gutachten weitergegeben hat.

Anfrage der Stadträtin Frau Scheffel, BOS-Fraktion

Frau Scheffel ist froh, dass heute über den Schützenplatz geredet wird. Sie hat alle Artikel gelesen, wobei sie zum Teil engagierte und fundamentierte Meinungen von Leuten lesen konnte, die sich damit befasst haben. Sie ist froh darüber, dass die Sangerhäuser nicht so schnell vergessen. Aus dem Bericht des Oberbürgermeisters ging nicht hervor, wer mit wem verhandelt. Jetzt versteht sie das "Warum?". Sie bittet, den Namen des Investors nicht zu erwähnen. Dass er in diesem Rahmen schon gefallen ist, ist nicht in Ordnung. Jedes Mitglied des Stadtrates sollte überlegen, was es tut und sagt. Sie ist sehr interessiert daran, zu erfahren, wo die Quelle liegt, die das nach Außen getragen hat. Die Stadtverwaltung sollte sich nicht damit zufrieden geben.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann stellt klar, dass er nicht das Wort „Investor“ gebraucht hat, sondern von einem „Projektentwickler“ gesprochen hat.

Anfragen der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S.-Fraktion

Frau Liesong hat Fragen im Zusammenhang mit der Eröffnung der Kita in Oberröblingen am 09.07.2011. Der Neubau befindet sich an der Örtlichkeit, an der vorher ein Haus gestanden hat. Dieses Haus sollte erhalten bleiben. Der Kindergarten steht jetzt an einer Stelle, die so nicht vorgesehen war. Was ist aus dem Haus und dem Geld geworden? Bei einer Ortsbegehung in der vergangenen Legislaturperiode wurde gesagt, dass der Kindergarten mitten hinein gebaut wird. Der alte Kindergarten sollte verkauft werden. Was ist aus dem Verkauf geworden? Es geht um eine ganze Menge Geld.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herr Schweiger

Herr Schweiger erklärt, dass die Stadt die Planung für die Kita in Auftrag gegeben hat und zwar an einer anderen Stelle. Danach gab es eine Ratsvorlage mit dem Inhalt, dass ein Grundstück dazu gekauft werden muss, weil die alte Position sehr beengt war. Im Rat wurde darüber ausführlich beraten. Es gab einen Beschluss, das Grundstück wurde gekauft und es folgte eine Umplanung, weil mit dem Kauf das Gebäude an eine andere Stelle kam. Das Wohnhaus sollte von vornherein abgebrochen werden. Was vorerst erhalten bleiben sollte, war das Nebengebäude, die Scheune, als Unterstellmöglichkeit für Spielgeräte usw.. Das ist im Zusammenhang mit der Neunutzung des Einkaufsmarktes zu sehen. Mit dem Vorhabenträger wurden Grundstücksteile getauscht, wegen der Schaffung von Parkmöglichkeiten. Es handelt sich hier um ein Missverständnis. Bei Bedarf wird er die Historie aufzeigen. Der alte Kindergarten befindet sich derzeit im Verkaufsverfahren, d.h. die Vorlage ist in der Beratung.

Anfrage des Stadtrates Herr Sell, Fraktion DIE LINKE.

Herr Sell dankt dem Oberbürgermeister dafür, dass das Problem mit dem Wasserabsteller in Großleinungen seit gestern gelöst ist.

Eine Irritation ist im Zusammenhang mit der Vertretung Frau Kümmels im Sozialausschuss aufgetreten. Sie erhielt die Ratspost nicht rechtzeitig, sodass er den Ort der Sitzung nicht kannte. Dem Ratsbüro trifft keine Schuld. Es muss mit dem Kurierdienst gesprochen werden.

Er hat im Heim des Roten Kreuzes erfahren, dass 180 Bewohner vom Zensus befragt werden. Für die, die nicht in der Lage sind, Auskunft zu geben, hat der Zensus die Heimleitung beauftragt. Wenn das rechtmäßig ist, zweifelt er die Richtigkeit der Ergebnisse an und fragt, ob nach der Gesetzeslage nicht die jeweiligen Betreuer zuständig sind, die auch personenbezogene Auskünfte geben können.

Zum Problem Osterfeuer auf dem Mafa-Parkplatz ist die Stadtverwaltung den Betreibern der Kleingartenanlage noch eine Antwort schuldig. Vertreter hatten diesbezüglich vorgesprochen. Das Gelände wurde erst gesichert, nachdem er das Thema im Ausschuss angesprochen hatte. Es wurde nicht geprüft, was wirklich auf dem Osterfeuer liegt. Unter anderem hat eine Tischlerei Möbelplatten und das THW belastetes Material angefahren. Die Kleingärtner haben in der Anlage 3 Eimer Glasschleim aufgelesen, die bis in den Mittelweg hinein lagen. Als vor 2 Jahren ein Dach beschädigt wurde, mussten die Kosten selbst getragen werden. Es ist zu prüfen, ob das Osterfeuer weiterhin diesen Standort haben soll. Wenn ja, dann sollte gleich die Asche abgefahren werden. Der kalte Rauch hing 8 Tage noch über der Anlage.

Viele Leute, die mit ihrem Wohnmobil auf den Mafa-Parkplatz kommen, vermissen einen Stadtplan. Es wäre angebracht auf dem Parkplatz Hinweisschilder oder ähnliches zu postieren.

Antwort des Oberbürgermeisters Herr Poschmann

Herr Poschmann hat von der verspäteten Ratspost heute zum ersten Mal gehört. Es können Fehler bei der Zustellung passieren. Probleme müssen an den Kurierdienst herangetragen werden. Zum Zensus wird Herr Schuster und zum Osterfeuer Herr Michael antworten. In Bezug auf Hinweisschilder auf dem Mafa-Parkplatz, wird die Verwaltung nach einer Lösung suchen.

Antwort des Fachbereichsleiters Zentrale Dienste und Finanzen, Herr Schuster

Herr Schuster hat die Ausführungen zum Zensus mit Befremden aufgenommen. Herr Sell hat die Zuständigkeit eindeutig beschrieben. Er wird mit dem Zensusbeauftragten Kontakt aufnehmen und Herr Sell über die weitere Verfahrensweise unterrichten.

Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice, Herr Michael

Herr Michael stellt klar, dass das Osterfeuer mehrmals kontrolliert wurde. Einmal war er selbst vor Ort. Der Veranstalter erhielt die Auflage, direkt vor Abbrennen nochmals zu kontrollieren. Da in der Feuerwehr und im THW fachlich gut geschulte Leute sind, geht er davon aus, dass diese Kontrolle stattfand. Er kann das auch noch einmal hinterfragen. Er stimmt zu, dass das Osterfeuer einen schlechten Standort hat und dieser ernsthaft überdacht

werden muss. In Bezug auf die Stadtpläne gab es schon Beschwerden. Am Rosariumsausgang liegt das gleiche Problem vor.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann entschuldigt die noch fehlende Antwort bezüglich des Osterfeuers. Er wird der Sache nachgehen.

Anfrage des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche bringt seine Freude über das Weiterbestehen der Grundschule Obersdorf zum Ausdruck. Es ist ein Etappenerfolg, aber für das kommende Schuljahr ist erst einmal der Schulbetrieb gesichert. Anteil daran hat die einhellige Meinung des Rates und die Unterstützung durch die Verwaltung. Der Oberbürgermeister musste Widerspruch einlegen. An diesem Fall sieht man, dass die kommunale Selbstverwaltung trotz knapper Kassen doch noch funktionieren kann und die Kommune einen kleinen Einfluss auf das Landesverwaltungsamt hat. Er hat heute Aussagen zur Landesgartenschau vermisst. Im November 2005 fand dazu eine Sonderratsitzung statt. Für über 20 T€ wurde damals eine Studie erarbeitet und es gab einen Beschluss darüber, dass die Möglichkeit nicht besteht. Vom Ratsvorsitzenden Herrn Dr. Vollmer wurde ein Kompromissvorschlag gemacht, dem mehrheitlich nachgegangen wurde. Es ging darum, nachzudenken, wie es bis zur nächsten Landesgartenschau weitergeht. Durch die Presse kam die Information, dass die Anmeldefrist am 30.06. abgelaufen ist.

Zwischenmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herrn Poschmann ist der 31.12. bekannt, an dem die Frist abläuft.

KASSETTENWECHSEL

Herr Peche möchte Informationen über den Stand und darüber, wie es weitergeht und wie sich der Rat in Gegenwart und Zukunft verhalten soll. Der Termin darf nicht verpasst werden.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann informiert, dass verwaltungsintern eine Entscheidung vorbereitet wird. In der Verwaltungsleitungssitzung wurde darüber beraten. 2018, ist aus Sicht der Verwaltung ein Datum, das sich zu prüfen lohnt. Er hofft, dass sich die Stadt bis dahin wirtschaftlich entwickeln kann. Eine Vorlage wird eingebracht. Der Weltrosenkongress wird momentan in der Bewerbungsphase mit Erfurt und Bad Langensalza vorbereitet. Die beiden Marketinggesellschaften Rosenstadt GmbH und Erfurt Tourismus GmbH sind beauftragt das Bewerberkonzept zu erstellen, das nächstes Jahr präsentiert werden muss. Es wird ein Zwischenbericht zum nächsten Rosenkongress in Ulm geben, der in 6 Wochen stattfindet. In diesen Gesamtkontext passt das gut hinein. Erfurt bewirbt sich 3 Jahre später um die Bundesgartenschau. Vor einer Entscheidung für die Landesgartenschau muss eine finanzielle Abschätzung erfolgen. Das Ziel muss hier im Rat beraten werden.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche bittet darum, den genauen Termin des Fristendes zu ermitteln. Er hat in der MZ gelesen, dass es der 30.06. ist.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann wird den genauen Termin erfragen.

6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

6.1 Berufung des Stadtwehrlleiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, dass mit Wirkung vom 26.05.2011 Herr Thomas Klaube für den Zeitraum von 6 Jahren als Stadtwehrleiter der Feuerwehr der Stadt Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit berufen wird.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 35
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-19/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

Herr Poschmann beruft den Stadtwehrleiter in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit, nachdem er den Amtseid gesprochen hat und händigt die Urkunde aus. Herr Telle und Herr Michael schließen sich den Glückwünschen an.

6.2 Sondernutzungssatzung der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung

Herr Michael begründet die Beschlussvorlage. Nach Einbeziehung von Hinweisen und Meinungen wird im November eine Informationsvorlage zur Praxistauglichkeit eingebracht.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadträtin Frau Rauhut, stellv. Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Die Räte von 11 Ortschaften stimmten mehrheitlich zu. In Lengefeld enthielt sich der Ortschaftsrat. In Breitenbach und Wolfsberg wurde kein Votum abgegeben.

Herr Peche stellt im Namen der B.I.S.-Fraktion den Antrag, das gesamte Gebiet der ehemaligen Stadt Sangerhausen nur einer Zone zuzuordnen. Es gibt keinen Vorteil, den die Innenstadt gegenüber anderen Einkaufs- und Gewerbeflächen (z.B. Helmpark) hat. Die Gebühren unterscheiden sich nicht wesentlich. Der Verwaltungsaufwand wird sicherlich in Größenordnung minimiert.

Herr Michael erklärt, dass das Sanierungsgebiet mit seinen Grenzen, unter Würdigung aller nutzbaren öffentlichen Plätze und Straßenlagen und von seiner besonderen Lage der Nutzung her, den abgegrenzten besonderen Bereich darstellt. In der Kernstadt gibt es Straßenlagen, die mitunter dörflicheren Charakter haben, als manche Gebiete in den Ortschaften. In den Gewerbegebieten findet die Sondernutzung auf vielen Privatflächen keine Anwendung.

Herr Poschmann ergänzt. Es gibt natürlich in den Gewerbegebieten öffentliche Straßen, Wege und Plätze. Die Sondernutzung findet aber auf den Privatflächen statt. Die Außenbereiche der Kernstadt unterscheiden sich nicht von den Gebieten in den Ortschaften. Sieht man das nicht so, stellt sich die Frage, ob nicht nur eine Zone für die gesamte Stadt Sangerhausen festzusetzen ist. Ziel der Sondernutzung ist, den übergebührlichen Gebrauch von öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen einzuschränken, gerade dort, wo viel öffentlicher Verkehr stattfindet. Im Vordergrund steht nicht der fiskalische Nutzen.

Herr Peche hält im Namen seiner Fraktion den Antrag aufrecht. Er versteht die Argumentation nicht. Zum Beispiel werden die Einkaufsgebiete an der "Freundschaft" und in der Südsiedlung sehr stark frequentiert. Warum sollte es nicht nur eine Zone geben?

Abstimmung über den Antrag der B.I.S.-Fraktion, die Zone 1 auf die Gemarkung Sangerhausen zu erweitern.

Ja-Stimmen = 5
Nein-Stimmen = 23
Stimmenenthaltungen = 7

Damit ist der Antrag der B.I.S.-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Sondernutzungssatzung der Stadt Sangerhausen mit dazugehörigem Gebührentarif.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 29
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 6

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-19/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

16:58 Uhr
Herr Herold kommt = 36

16:59 Uhr -Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage des Bürgers Herrn Jürgen Richter, Sangerhausen, OT Oberröblingen, Oberröblinger Bahnhofstr. 11

Herr Richter fragt im Namen der Anwohner der Oberröblinger Bahnhofstraße nach, wann der Baumverschnitt entlang der Straße erfolgt. Er hat Fotos dabei, die nachweisen, dass es mitunter in den Häusern sehr dunkel ist. Herr Kemesies war bereits vor Ort und kann das bestätigen.

17:01 Uhr
Herr Polster kommt = 37

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger bittet Herrn Richter um dessen Kontaktdaten und die Fotos. Nach Klärung wird er eine Antwort geben.

17:02 Uhr -Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

6.3 Abschluss von langfristigen Nutzungsverträgen mit Sportvereinen für Sportanlagen

Herr Michael begründet die Beschlussvorlage. Im gestrigen Hauptausschuss wurde eine Ergänzung des Beschlusstextes vorgenommen. Der letzte Satz soll wie folgt lauten. "Alle Einzelverträge sind vor Abschluss dem Hauptausschuss zur Genehmigung vorzulegen."

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 7 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss hat über die ursprüngliche Beschlussvorlage beraten. Der aktuelle Beschlusstext konnte nicht abgestimmt werden, da er nicht bekannt war.

Herrn Hüttel erschließt sich nicht die Notwendigkeit der Beschlussvorlage. Fördermittel wurden bisher durch die Stadtverwaltung akquiriert. Beschlussvorlagen waren vorher im Rat, nachdem sie in den Ausschüssen beraten wurden. Es geht um langfristige Nutzungsverträge, über die seines Erachtens nicht nur der Hauptausschuss zu entscheiden hat. Sie müssten mindestens im Sozial- und Finanzausschuss vorberaten werden.

Herr Poschmann erklärt, dass der Fördermittelgeber Verträge verlangt, die absichern, dass die Sportstätten insbesondere für Vereine zur Verfügung gestellt werden. Zur Zeit gibt es keine Chance die Bedingung zu umgehen. Deshalb soll durch diesen Grundsatzbeschluss die Ermächtigung erteilt werden, solche langfristigen Verträge abzuschließen. Jeder einzelne Vertrag kann natürlich auch im Stadtrat oder vor der Sitzung des Hauptausschusses parallel in anderen Ausschüssen beraten werden. Falls es fiskalische oder soziale Bedenken gibt, hat der Hauptausschuss die Möglichkeit, andere Ausschüsse heranzuziehen.

Herr Michael ergänzt. An die Inanspruchnahme von Fördermitteln waren schon immer langfristige Bedingungen geknüpft, die jetzt mit dem Abschluss von Nutzungsverträgen noch eine Steigerung erfahren.

KASSETTENWECHSEL

Frau Liesong berichtet über die Beratung der ursprünglichen Beschlussvorlage im Sozialausschuss. Von den 4 anwesenden Mitgliedern haben 2 dagegen gestimmt und 2 haben sich enthalten. Sie hofft, dass die Wortmeldung von Herrn Hüttel ein Antrag war. Dann müssen diese Verträge in den Rat.

Herr Michael stellt klar, dass die Ergänzung des Beschlusstextes zum Zeitpunkt der Tagung des Sozialausschusses noch nicht aktuell war. Sie ist Ergebnis der Diskussion aus anderen Ausschüssen. Beim Fördermittelgeber ist zu hinterfragen, inwieweit der Zeitfaktor eine Rolle spielt, da durch die Vorlage im Rat der Prozess länger dauert. Mit ähnlichen Verträgen wurde bereits so verfahren, dass eine Absicherung durch den Hauptausschuss erfolgte.

Herr Hüttel stellt folgendes fest. Wenn in der Ergänzung statt ‚Hauptausschuss‘, jetzt ‚Rat‘ geschrieben steht, ist der Beschluss überflüssig. Dann geht es um normales Verwaltungshandeln und er stellt den Antrag, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage zurücknimmt.

Herr Michael betont, dass dann jeder einzelne Nutzungsvertrag im Rat beraten werden muss.

Herr Hüttel fragt, um wie viele Verträge es geht. Er ist davon ausgegangen, dass es sich um 2 Verträge handelt.

Herr Michael erklärt, dass es um mehrere geht.

Herr Hüttel möchte nicht, dass eine Automatisierung erfolgt, so dass nur der Hauptausschuss entscheiden kann. Es sollte auch in andere Ausschüsse verwiesen werden. Eine Chance, dass diese Ausschüsse über die Verträge beraten können, ist mit der vorliegenden Ergänzung nicht gegeben.

Herr Michael gibt zu bedenken, dass der Prozess von der Verweisung über die Ausschusssitzungen, die Ratssitzung und einer eventuellen 2. Lesung zu langwierig ist.

Herr Sell stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Aussprache. Es gibt Anträge, über die abgestimmt werden sollte.

Herr Peche spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag. Er kennt keinen Antrag, der gestellt worden wäre, außer den, auf Ergänzung des Beschlusstextes, von der Stadtverwaltung.

Herr Telle lässt abstimmen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Aussprache

Ja-Stimmen = 28
Nein-Stimmen = 7
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich bestätigt.

Herr Poschmann bemerkt, dass aus seiner Sicht noch ein Antrag offen ist. Dieser ist zwar nicht als Geschäftsordnungsantrag gestellt, aber von Herrn Hüttel so formuliert worden und zwar, die Zurückverweisung an den Einbringer, gemäß § 12 (3) der Geschäftsordnung. Danach können auch noch Sachanträge gestellt werden.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückverweisung an den Einbringer

Ja-Stimmen = 1
Nein-Stimmen = 30
Stimmenenthaltungen = 6

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Frau Liesong stellt den im Namen der B.I.S.-Fraktion den Antrag, den Beschlusstext um folgenden Satz zu erweitern. Alle Einzelverträge sind in den Rat einzubringen.

Abstimmung über den Antrag, den Beschlusstext um folgenden Satz zu erweitern.
Alle Einzelverträge sind in den Rat einzubringen.

Ja-Stimmen = 9
Nein-Stimmen = 24
Stimmenenthaltungen = 4

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen ermächtigt den Oberbürgermeister zum Abschluss von langfristigen Nutzungsverträgen mit den Hauptnutzern des Friesenstadions Sangerhausen und der Turnhalle Othal. Alle Einzelverträge sind dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 28
Nein-Stimmen = 7
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-19/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.4 Erhöhung des Eigenanteils für die Gesamtfinanzierung Wohnanlage "Am Bergmann" und somit verbundene überplanmäßige Ausgabe in der HHSt 62000.98753

Herr Poschmann begründet die Beschlussvorlage. Der Eigenanteil der Stadt muss beigebracht werden. Es gab Gespräche mit dem Ministerium. Um weitere Fördermittel zu erhalten, ist es notwendig diesen Beschluss in den Rat einzubringen, um zu erweitern. Zum Zeitpunkt der Erarbeitung war die Höchstgrenze des Eigenanteils der Stadt in Höhe von 32.578 €, nach der damals vorliegenden Kostenabschätzung, zu erwarten. Einige Abschlussrechnungen stehen noch aus. Wenn der Eigenanteil bis maximal 50 T€ erhöht wird, besteht die Möglichkeit, mehr Fördermittel zu erhalten. Im gestrigen Hauptausschuss hat man sich auf diese Summe geeinigt. Die Änderung im Beschlusstext wird folgendermaßen lauten, ... „in Höhe von bis maximal 50.000 € ..“. Damit ist die Finanzierung gesichert.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss hat kein Votum abgegeben, da der Sachverhalt zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt war.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt den weiteren Eigenanteil in Höhe von bis maximal 50.000 € zur Gesamtfinanzierung Wohnanlage "Am Bergmann" zur Verfügung zu stellen, vorausgesetzt die Mittel aus dem Verkauf von Grundstücken sind in der Haushaltsstelle 88100.34010 vereinnahmt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 33
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 4

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-19/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.5 Verordnung über die Erhebung von Parkgebühren in der Stadt Sangerhausen und in den Ortsteilen

Hierzu wurde heute eine überarbeitete Parkgebührenverordnung zum Austausch verteilt.

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu.

Die Räte von 10 Ortschaften stimmten mehrheitlich zu. In 4 Ortschaften wurde nicht abgestimmt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die nachfolgende Verordnung über die Erhebung von Parkgebühren. Gleichzeitig beschließt der Stadtrat die Parkgebührenverordnung vom 08.06.2001 außer Kraft zu setzen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 37
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-19/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Veröffentlichung

6.6 Abwägungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 30 "SO Photovoltaikanlage Oberröblingen"

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 5 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Der **Ortschaftsrat Oberröblingen** hat einstimmig zugestimmt.

Beschlusstext:

*Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Behördenbeteiligung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr.30 "Sondergebiet Photovoltaikanlage Oberröblingen" der Stadt Sangerhausen sind erfolgt.
Der Stadtrat beschließt die Abwägung der vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der Nachbargemeinden entsprechend der in der Anlage beigefügten Abwägungsvorschläge.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 37
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-19/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.7 Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 30 "SO Photovoltaikanlage Oberröblingen"

Vor der Sitzung wurde eine Austauschvorlage verteilt.

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 5 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Der **Ortschaftsrat Oberröblingen** hat einstimmig zugestimmt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 30 "Sondergebiet Photovoltaikanlage Oberröblingen" der Stadt Sangerhausen mit der ergänzten Darstellung des öffentlichen Weges in Planzeichnung und Begründung als Satzung. Die Begründung wird gebilligt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 37
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-19/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.8 Abwägungsbeschluss zum Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 31 "SO Photovoltaikanlage Othaler Weg"

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 5 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Beschlusstext:

Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Behördenbeteiligung des Bebauungsplanes der Innenentwicklung Nr. 31 "Sondergebiet Photovoltaikanlage Othaler Weg" der Stadt Sangerhausen sind erfolgt. Der Stadtrat beschließt die Abwägung der vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der Nachbargemeinden entsprechend der in der Anlage beigefügten Abwägungsvorschläge.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 37
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 8-19/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.9 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 31 "SO Photovoltaikanlage Othaler Weg"

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 5 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt den Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 31 "Sondergebiet Photovoltaikanlage Othaler Weg" der Stadt Sangerhausen als Satzung. Die Begründung wird gebilligt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 37
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 9-19/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.10 Beschluss zur Auslegung des Entwurfes der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes - Teilbereich A "Photovoltaik"- der Stadt Sangerhausen

Vor der Sitzung wurde eine Austauschvorlage verteilt.

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 5 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Auslegung des Entwurfes der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes - Teilbereich A "Photovoltaik" der Stadt Sangerhausen, einschließlich der noch aufzunehmenden Berichtigung zum Bebauungsplan

Nr. 28 "SO Photovoltaikanlage Gleisbogen". Gleichzeitig werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beteiligt und um Stellungnahme gebeten.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 37
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 10-19/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.11 Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF - Vergabeordnung - 3. Lesung und Beschlussfassung

Zur Verordnung wurden heute die Seiten 7 bis 10 zum Austausch verteilt.

Begründung: Frau Bonk

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadträtin Frau Rauhut, stellv. Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

17:50 Uhr
Herr Hüttel geht = 36

Herr Peche fragt bezüglich der Höchstgrenzen, die in brutto angegeben wurden, was passieren wird, wenn sich die Mehrwertsteuer ändert. Darauf wurde bereits in der Stellungnahme der B.I.S.-Fraktion unter Punkt 5 hingewiesen.

Herr Poschmann erklärt, dass die Wertgrenzen auf der Grundlage eines fest fixierten Umsatzsteuersatzes festgelegt wurden. Z. B. muss man sich bei Preissteigerungen infolge einer zunehmenden Inflation, über neue Wertgrenzen einigen.

Herr Kotzur äußert, dass bei einer Mehrwertsteuererhöhung der Betrag und somit die Satzung geändert werden muss.

Herr Telle widerspricht. Die Bruttosumme von 50.000 € bleibt, egal ob die Mehrwertsteuer erhöht wird oder nicht.

Herr Peche ist damit nicht einverstanden. Mathematisch gesehen, kann die Summe nicht gleichbleiben, wenn sich die Mehrwertsteuer ändert.

Herr Poschmann klärt auf. Für die Stadt ist brutto gleich netto. Sie ist nicht vorsteuerabzugsberechtigt, wie ein Unternehmer.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage beigefügte Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF -Vergabeordnung-.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 34

Nein-Stimmen = 0

Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 11-19/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

**6.12 Änderung/Ausnahmeregelung zur Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF -Vergabeordnung- befristet bis zum 31.12.2011 -
3. Lesung und Beschlussfassung**

Begründung: Frau Bonk

17:55 Uhr

Herr Schmidt geht = 35

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadträtin Frau Rauhut, stellv. Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt für den Zeitraum vom Tag nach der Veröffentlichung bis zum 31.12.2011 folgende Änderungen der Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF -Vergabeordnung-:

1.4 Wertgrenzen

Bei den festgelegten Wertgrenzen der Vergaben nach VOB/A und VOL/A handelt es sich jeweils um die Nettobeträge (ohne Mehrwertsteuer).

Die Wertgrenzen für die VOB werden wie folgt festgelegt:

Eine Beschränkte Ausschreibung kann bis zu einem Wert von 1.000.000,00 EUR erfolgen.

Eine Freihändige Vergabe kann bis zu einem Wert von 100.000,00 EUR erfolgen.

Die Wertgrenzen für die VOL werden wie folgt festgelegt:

Eine Beschränkte Ausschreibung kann bis zu einem Wert von 100.000,00 EUR erfolgen.

Eine Freihändige Vergabe kann bis zu einem Wert von 100.000,00 EUR erfolgen.

2. Wettbewerbsformen

2.1 Freihändige Vergabe

Bei einer Vergabe mit einem Auftragswert unter 100.000,00 EUR (netto) kann eine Freihändige Vergabe nach VOB/A durchgeführt werden.

Bei einer Vergabe mit einem Auftragswert unter 100.000,00 EUR (netto) ist eine Freihändige Vergabe nach VOL/A zulässig.

2.2 Beschränkte Ausschreibung

Bei einer Vergabe mit einem Auftragswert unter 1.000.000,00 EUR (netto) kann eine Beschränkte Ausschreibung nach VOB/A durchgeführt werden.

Bei einer Vergabe mit einem Auftragswert unter 100.000,00 EUR (netto) ist eine Beschränkte Ausschreibung nach VOL/A zulässig.

2.3 Öffentliche Ausschreibung

Die Öffentliche Ausschreibung hat den Vorrang und ist in der Regel anzuwenden (§ 32 GemHVO, § 55 LHO).

Vergaben mit einem Auftragswert ab 1.000.000,00 EUR (netto) nach VOB/A und ab 100.000,00 EUR (netto) nach VOL/A sind grundsätzlich öffentlich auszuschreiben.

6. Entscheidung über Zuschlagserteilung

Soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, d. h. Aufträge, deren Wertgrenze 25.000,00 EUR (brutto) überschreiten, entscheidet der Oberbürgermeister nach Vorbereitung durch die entsprechenden Fachbereiche. Bei Honorarverträgen ab 10.000,00 EUR (brutto) entscheidet der Hauptausschuss über die Erteilung des Zuschlages.

Soweit es sich um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, d. h. Aufträge, deren Wertgrenze 25.000,00 EUR (brutto) nicht überschreiten, obliegt die Entscheidung dem Fachbereichsleiter bzw. bei Aufträgen, deren Wertgrenze 10.000,00 EUR (brutto) nicht überschreiten, dem Fachdienstleiter. Die Befugnisse über die Auftragserteilungen sind durch den Oberbürgermeister durch Dienstanweisung (Dienstanweisung über die namentliche Festlegung zur Feststellungs-, Auftrags-, und Anordnungsberechtigung für die Stadt Sangerhausen) geregelt.

Die Entscheidung durch den Hauptausschuss über die Vergabe von Aufträgen im freihändigen Verfahren ab 25.000,00 EUR (vgl. Punkt 5 Abs. 4 Vergabeordnung) sowie die Entscheidung durch den Stadtrat im freihändigen Verfahren ab 50.000,00 EUR (vgl. Punkt 5 Abs. 6 Vergabeordnung) wird bis 31.12.2011 ausgesetzt. Die Entscheidung über die Vergabe von Aufträgen ab 50.000,00 EUR (brutto) bei Bauleistungen nach VOB/A und Leistungen und Lieferungen nach VOL/A trifft, unabhängig von der Vergabeart, der Hauptausschuss.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 34

Nein-Stimmen = 0

Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 12-19/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

18:00 Uhr

Herr Schmidt kommt = 36

18:05 Uhr

Herr Schwarz geht = 35

6.13 Optimierung des Regiebetriebes Bauhof der Stadt Sangerhausen nach vorliegendem Konzept und Masterplan

Vor der Sitzung wurde eine Austauschvorlage verteilt.

Herr Mrozik begründet die Beschlussvorlage. Die kontroverse Diskussion in den Gremien hat den Einbringer dazu bewogen, heute eine 1. Lesung vorzunehmen. Er trägt die Meinung der BOS-Fraktion vor. Der Beschluss vom 24.10.2002, einen Eigenbetrieb zu gründen, wurde bis zum heutigen Tag nicht umgesetzt. Nach Auffassung seiner Fraktion muss der Bauhof ein Regiebetrieb der Stadt bleiben. Durch die Eingemeindung erhielt der Bauhof zahlreiche Außenstellen. In den Gebietsänderungsvereinbarungen der Gemeinden wurde im § 5 (3) auch die Sicherung der Bauhofstandorte festgeschrieben. Die Mitarbeiter des Bauhofes in den Ortsteilen waren bis zur Entscheidung des Oberbürgermeisters für die Abarbeitung und Erledigung der im § 5 Gebietsänderungsvereinbarung (Wahrung der Eigenart 2.c und e) durch Hauptsatzung dem Ortschaftsrat übertragenen Aufgaben zuständig. Der Ortschaftsrat Großleinungen wird den Ortsbürgermeister beauftragen, mit der Kommunalaufsicht und dem Oberbürgermeister über den § 5 der Gebietsänderungsvereinbarung und deren Einhaltung ins Gespräch zu kommen und eine Lösung aufzuzeigen. In dieses Gespräch sollten auch die anderen Ortschaften einbezogen werden. Die Struktur wurde bis Mai 2008 beibehalten. Bis dahin gab es keine Probleme mit der Berufsgenossenschaft und dem Arbeitsumfeld. Anders verhielt es sich mit der Anzahl der Beschäftigten und der zur Verfügung stehenden Technik. Das Konzept zur Optimierung des Bauhofes kostete den Bürgern der Stadt Sangerhausen 28.750 € und hat nichts mit dem Ansinnen der Gründung eines Eigenbetriebes zu tun. Um wahrscheinlich wiedergewählt zu werden, haben die Stadträte am Ende der letzten Legislaturperiode keinen Beschluss zur Änderung der Struktur des Bauhofes gefasst. Der Beschluss vom 07.05.2009 wird von der BOS-Fraktion in Frage gestellt. Durch den Masterplan 2014 und mit Beginn der Umsetzung durch die Verwaltung, sind die Fraktion und die Ortsbürgermeister auf die bevorstehende Veränderung aufmerksam geworden. Man fragt sich, ob so Vereinbarungen gehalten werden und dies der Wille des Stadtrates oder eher der Wunsch der Verwaltung ist. Natürlich sind auf Grund wirtschaftlicher, finanzieller und struktureller Gegebenheiten, Veränderungen notwendig. Dafür gibt es ein Konzept, das umgesetzt werden soll und an dem stetig gearbeitet werden muss. Er zeigt die bereits gesammelten Erfahrungen mit der jetzt durch den Oberbürgermeister geschaffenen Organisation in den Bauhofstandorten Sangerhausen und Harzpforte auf und macht in diesem Zusammenhang keinem Mitarbeiter, sondern der Führung des Bauhofes einen Vorwurf. Trotz Unkenntnis der vielfältigen Aufgaben in den Ortschaften, lässt sie nicht das Wissen und die Erfahrung der Ortsbürgermeister und der Ortschaftsräte in ihre Entscheidungen einfließen. Es ist nicht notwendig, die bestehenden Beschlüsse aufzuheben. Sobald ein neuer Beschluss in dieser Angelegenheit gefasst wird, werden die vorherigen gegenstandslos. Man kann dieses aber auch im Nachgang aufheben. Für die Auflösung einzelner Standorte und für die damit verbundene Änderung der Konzeption ist der Stadtrat verantwortlich. Nach Ansicht der BOS-Fraktion ist der Oberbürgermeister gemäß § 44 (3) Nr. 9 GO LSA nicht berechtigt, kommunale Einrichtungen wesentlich zu erweitern, einzuschränken oder aufzulösen. Für diese Angelegenheit ist allein der Stadtrat zuständig und der Oberbürgermeister lediglich für deren Umsetzung. Seine Fraktion erwartet vom Stadtrat ein Votum für das vorliegende Bauhofkonzept und vom Oberbürgermeister und der Verwaltung, die Schaffung der Voraussetzungen und die baldige Umsetzung. Sie möchte eine Gegenüberstellung von erbrachten Leistungen, Fahrkilometern und unproduktiver Arbeitszeit der Mitarbeiter der Standorte Sangerhausen und Harzpforte (neu) mit denen der Standorte Sangerhausen, Gonna, Leinetal und Harzpforte (alt) aus 2010. Im gestrigen Hauptausschuss sah der Oberbürgermeister kein Problem darin, das Konzept auf den Prüfstand zu stellen. Er schlägt vor, die Runde des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern um die Fraktionsvorsitzenden zu erweitern. Die Gremien sollten in die Diskussion eintreten, um das Beste für den Bauhof der Stadt Sangerhausen zu erreichen. „Was gut gelaufen ist, kann man gemeinsam verbessern.“

Herr Poschmann ist zufrieden damit, dass heute die 1. Lesung stattfindet. Seit 1990 hat die Stadt Sangerhausen einen zentralen Bauhof. Vor etwa 13 Jahren fand der gleiche Prozess statt. Mehrere Standorte, die in der Stadt verteilt waren, wurden zusammengelegt. Im Bauhofkonzept wurde aufgezeigt, dass die vielfältigen Standorte ein großes Problem darstellen. Es wurde über Standortkonzentration nachgedacht. Im Konzept werden 5 Standorte und die Doppelzuständigkeit für die Bauhofmitarbeiter vorgeschlagen, d.h. die Unterstellung dem Ortsbürgermeister für das tägliche Geschäft und dem Oberbürgermeister dienstrechtlich. Genau das ist ein Problem. Die Erfahrungen betreffend, die jetzt mit dem neuen Ansatz der Optimierung gemacht werden, bittet er darum, der Verwaltung eine Chance zu geben. Beim Einbringer besteht die Auffassung, dass der Bauhof eine öffentliche Einrichtung ist, die der Beschlussfassung des Stadtrates unterliegt. Der Bauhof ist ein Hilfsbetrieb der Verwaltung, in Form eines Regiebetriebes. Die Organisation der Verwaltung und somit des Hilfsbetriebes obliegt dem Oberbürgermeister. Er hat eine Organisationsentscheidung getroffen und ist bereit, nach einer angemessenen Anlaufzeit, über weitere Optimierungspotenziale nachzudenken. Herr Poschmann bittet darum, bei allem was vorgetragen wird, fair und ehrlich zu bleiben.

KASSETTENWECHSEL

Herr Poschmann ist der Auffassung, dass der Beschluss unzulässig ist. Er ist bereit mit der Kommunalaufsicht ins Gespräch zu kommen, um die Auffassung zu klären, dass der Bauhof ein Hilfsbetrieb der Verwaltung und keine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 44(3) Nr. 9 GO LSA ist. Wenn man ihm die Verantwortung entzieht, dann sollte auch der die Verantwortung tragen, der das veranlasst. Er bittet darum, seine Argumente zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Mrozik fasst zusammen. Es gibt gegensätzliche Auffassungen vom Oberbürgermeister und der BOS-Fraktion, den Bauhof als öffentliche Einrichtung betreffend. Er hat sich beim Landkreis informiert, um Rechtssicherheit zu erlangen.

Herr Polster möchte, dass Herr Mrozik den Teilsatz „man wollte ja wiedergewählt werden“ zurücknimmt. Aus Fairnessgründen gegenüber den Ortsteilen wurde der Beschluss am Ende der letzten Legislaturperiode nicht gefasst. Genau deshalb, weil die Ortsteile Stimmrecht erhalten und mitregieren sollten. Er möchte wissen, warum der Beschluss aus dem Jahr 2002, den Bauhof zum Eigenbetrieb umzugestalten, nicht umgesetzt wurde. Von Bürgern der Kernstadt wurde angesprochen, dass der Bauhof in der Kernstadt seinen Aufgaben nicht mehr genügend nachkommt. Es ist auffallend, dass in den Ortsteilen diese Arbeit besser erledigt wird. Er bittet um eine Auflistung, welche Aufgaben der Bauhof in welchen Teilen der Stadt realisiert, wie oft der Rasen gemäht wird, wie oft Abfallbehälter geleert werden usw.. Auch hier muss Fairness gegenüber der Kernstadt bestehen.

18:30 Uhr

Herr Brunthaler geht = 34

Herr Telle antwortet auf die letzte Frage. Es gibt einen Tourenplan des Bauhofes. Überall wird zur Zeit die erste Mahd vorgenommen, in den Ortsteilen, wie auch in der Kernstadt. Es ist höchstens ein Problem der Reihenfolge, die vom Bauhof festgelegt wird.

Herr Poschmann verweist darauf, dass es nach einer gewissen Zeit eine Auswertung geben wird. Die Abrechnung des letzten Jahres kann er für jeden Ortsteil vorweisen. Ein Teil des Masterplanes wurde erfüllt. Die Kosten-Leistungs-Rechnung in abgeschwächer Form wurde eingeführt und damit wurde auch die Leistungserbringung transparent. Die Verwaltung sieht die Stadt immer als Ganzes. Die Entscheidung, 3 Standorte zu bilden, hat etwas mit Optimierung zu tun. Z.B. werden Technik und Personal konzentrierter eingesetzt.

Herr Polster weist darauf hin, dass die Anfrage der Bürger ganz speziell auf die Friedhöfe der gesamten Stadt gerichtet war. Auf dem Friedhof der Kernstadt wurden bisher nur einmal und in den Ortsteilen drei- bis fünfmal Pflégeleistungen durchgeführt. Er bittet um eine Stellungnahme von Herrn Semrau.

Herr Kotzur warnt davor, Ortschaften und Kernstadt gegeneinander aufzurechnen. Genau das wollte der Stadtrat vermeiden. Er unterstützt die Auffassungen, dass die Optimierung ständig anhand von Erfahrungen aktualisiert werden muss und der Bauhof als Regiebetrieb geführt werden sollte. Die Diskussion sollte aber ruhig und sachlich verlaufen, ohne ein gegeneinander Aufrechnen von Maßnahmen. Er fühlt sich nicht in der Lage, nachzuvollziehen, ob die Kernstadt oder die Ortschaften sauberer sind. Es sollte gemeinsam an einem vernünftigen Konzept gearbeitet werden und die Zeit bis zur 2. Lesung genutzt werden, damit ein Beschluss gefasst wird, mit der Option der Bereitschaft zur Änderung.

Frau Liesong schließt sich ihrem Vorredner teilweise an. Sie erinnert daran, dass alle Räte Mitglieder ein und desselben Stadtrates sind. Die Aufforderung von Herrn Mrozik, eine außerparlamentarische Opposition zu bilden, die sich aus Ortsbürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden zusammensetzt, ist nicht nachzuvollziehen. Die Ortsbürgermeister haben die Möglichkeit in der Runde mit dem Oberbürgermeister, die berechtigten und verständlichen Anliegen ihrer Ortschaften vorzutragen.

Herr Telle gibt dazu einen Hinweis. Am Dienstag findet eine Zusammenkunft der Ortsbürgermeister mit dem Oberbürgermeister u.a. zu diesem Thema statt. Im gestrigen Hauptausschuss wurde die Frage gestellt, ob die Fraktionsvorsitzenden dazu eingeladen werden könnten.

Herr Mrozik entschuldigt sich für seine Äußerung über die Wiederwahl.

Herr Schmidt stellt fest, dass alle Räte eine große saubere Stadt haben wollen. Für ihn steht die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund. Er zeigt am Beispiel eines Einsatzes von Bauhofmitarbeitern in Riestedt auf, dass in der Praxis viel Arbeitszeit verloren geht.

Herr Poschmann geht auf die Berechnungen im Protokoll der letzten Ortschaftsratssitzung in Riestedt ein. Er wird das Gegenteil beweisen. Anfängliche Schwierigkeiten sind auszuräumen und Arbeitsvorbereitungen zu optimieren. Er appelliert an die Ortsbürgermeister mitzuhelfen. Schwachstellen werden im Laufe der Zeit auch durch die Bauhofmitarbeiter und die Vorarbeiter festgestellt und behoben. Herr Poschmann hofft darauf, dass bald wieder Kommunalpolitik für die gesamte Stadt Sangerhausen in diesem Stadtrat gemacht wird.

Frau Scheffel macht darauf aufmerksam, dass man vorher wusste, dass die Arbeit im Stadtrat durch die Eingemeindung der Ortschaften schwieriger wird. Aber auch davor gab es unter den Räten heftige Wortgefechte. Sie fühlt sich nicht durch die Aussage von Herrn Mrozik angegriffen.

18:45 Uhr

Frau Hampel geht = 33

7. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

- .
- .
- .

9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Telle stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die im nichtöffentlichen Teil unter TOP 7.1, 7.2 und 7.3 gefassten Beschlüsse mit den Nummern 13-19/11, 14-19/11 und 15-19/11 bekannt.

Um 19:08 Uhr beendet der amtierende Stadtratsvorsitzende Herr Telle die Sitzung.

Simone Jung
Protokollführerin

Jürgen Telle
1. Vertreter des Vorsitzenden